

Über die andere deutsche Gesellschaft

Die „DDR“ und die Einheit Deutschlands

Prof. Dr. Dietrich Staritz, geb. 1934 in Berlin, studierte Ökonomie, Soziologie und Politik in Berlin. Seit 1981 lehrt er Politik an der Universität Mannheim und ist dort geschäftsführender Leiter des Arbeitsbereichs DDR am Institut für Sozialwissenschaften. Zahlreiche Veröffentlichungen insbesondere zur Politik- und Sozialgeschichte der DDR sowie zum Parteiensystem in der Bundesrepublik.

Was momentan in Ostdeutschland geschieht, ist ein rasanter Systemwechsel, auf den niemand vorbereitet war, und der in der alten DDR von viel-

fach illusionären Hoffnungen getragen wird. Er vollzieht sich im aufgeheizten Klima eines Dauerwahlkampfes und wird wohl erst nach dem 2. Dezember 1990 in ruhigere Bahnen geraten.

Die außerpolitischen Rahmenbedingungen sind weit besser als noch im Frühjahr zu erwarten war: Die westlichen Großmächte wie die europäischen Nachbarn schauen zwar skeptisch, doch insgesamt gelassen auf die deutschen Dinge, und die Sowjetunion, ohne deren Wandel seit 1985 in Osteuropa und der DDR kaum etwas in Bewegung gekommen wäre, hat keine Anstrengungen unternommen (und hätte dazu wohl auch nicht mehr die Kraft), die Entwicklung zu bremsen. Ob die Einigung Deutschlands gelingt, das heißt zu national wie international zuträglichen Ergebnissen geführt werden kann, hängt also im wesentlichen von den Deutschen ab, von ihrer Fähigkeit zu konstruktiver Politik nach innen und außen.

Chancen und Probleme

Objektiv gibt es wohl keine gut begründbaren Zweifel an der Möglichkeit eines schließlichen Erfolges. Für sie sprechen vor allem die Wirtschaftskraft der alten und das Potential der neuen Länder, aber auch die (zumindest rhetorische) Versicherung der Akteure aller Lager, die staatliche Vereinigung der Nation nicht zum nationalistischen Höhenflug geraten zu lassen. Daß das bislang Gewordene weder das einzig Mögliche ist noch gar das Beste, liegt auf der Hand. So wäre es nach dem Urteil beinahe aller Sachverständigen sinnvoll gewesen, die Währungsunion erst später zu installieren, der DDR-Wirtschaft zunächst die Chance zu geben, sich auf Marktmechanismen einzustellen, sich (durch Hilfsprogramme gestützt) zu modernisieren, ein adäquates Rechnungswesen auszubilden und ihre Außenbeziehungen neu zu ordnen. Doch dafür ließ ihr niemand Zeit.

Die Regierungsparteien und auch die SPD (zwar heftig schwankend, doch wie stets in großen Zeiten zwanghaft national) wollten rasche Resultate und erhöhten so den ohnehin schon großen Erwartungsdruck im Osten, den sie als ihren Anlaß zur Eile zitierten. Westdeutsches Kalkül und ostdeutsche Emotionen verbanden sich im Wahlkampf streß zu einem Amalgam, das schließlich auch den sachlichen Austausch über die Formen der Einheit behinderte, den verständigen Dialog über den Nutzen einer neuen Republik mit einer neuen Verfassung etwa, über die Vor- und Nachteile eines Einheitsplebiszits oder die Chancen und Risiken einer bloßen Erweiterung der Bundesrepublik. Mehrheitsfähig war allein die Eile, der umstandslose Beitritt zu westdeutschen Konditionen.

Dies alles belastet nun den Einheitsprozeß, trennt die Euphorie (besser: die noch immer heftige Erwartung besserer Zeiten) drüben von der Sorge um die Lasten hüben. Diese gespaltene Stimmungslage in Deutschland erweist sich zwar bislang als schlechter Nährboden für nationale Hybris, birgt aber sozialen Sprengstoff und kann zu Konflikten führen, die nicht nur die künftige

deutsche Bundesstaatlichkeit herausfordern - insbesondere dann, wenn westlicher Regionalismus die Einsicht in die Notwendigkeit einer innerdeutschen Umverteilung überlagern sollte.

So gesehen, sind alle positiven Prognosen doch vage und speziell all jene Konzepte für ein Zusammenwachsen problematisch, die die Einheit der Nation als durch die staatliche Vereinigung bereits vollendet begreifen. Aus dem Blick geriete dann, daß der westdeutsche Alleinvertretungsanspruch tief im Bewußtsein der Bundesbürger sitzt und vor allem die Jungen nicht erst von der letzten CDU-Wahlkampagne („Weiter so, Deutschland“) gelernt haben, daß Deutschland recht eigentlich die Bundesrepublik ist. Der Beitritts-Anschluß der DDR-Länder hat dieses Empfinden sicher nicht geschwächt. Noch glauben hier beinahe alle, besser zu wissen als die Leute im Osten, „wo Deutschland liegt“ (Günter Gaus), was ihm künftig frommt und was dafür zu bezahlen ist.

Aber es gilt umzulernen: Zwar sind die beiden Staaten deutscher Nation nun zu einem geworden, doch unter dem gemeinsamen Dach existieren zwei Gesellschaften: die eine in so prallem Selbstbewußtsein ihrer Überlegenheit, daß etlichen die eigenen Sozialstaats- und Demokratiedefizite zu Neben- dingen geraten, die andere so heftig zwischen Verfall und neuer Befindlichkeit, daß es vielen schwer wird, sich noch zurechtzufinden. Nun meinen zwar hoffnungsfrohe Sozialforscher herausgefunden zu haben, daß die „Wertehaus- halte“ in Ost und West nahezu gleich ausgestattet und 45 Jahre DDR- Geschichte samt ihrer politischen Indoktrination an den Menschen offenbar spurlos vorübergegangen seien. Andere, empirisch gestützte Prognosen gehen dagegen von der Prägekraft der Verhältnisse aus und diagnostizieren schwer überwindbare Unterschiede hinsichtlich Weltanschauung, Mentalität und Eigenverantwortlichkeit. Ihr Fazit lautet, daß 16 Millionen DDR-Bürger sich nicht einfach anpassen und „kleinlaut verkrümeln“ werden. Nach den ersten materiellen Anpassungsprozessen werde es vielmehr zu einer innerdeutschen Auseinandersetzung über soziale Werte, Normen und Ziele kommen. Für die kühne Momentaufnahme spricht die (oft angestrengte) Anpassungsbereitschaft vieler, für die Voraussage ihre sozialwissenschaftliche Plausibilität, auch wenn zu bedenken ist, daß sich in der DDR nicht nur bei Minderheiten eine Doppelidentität ausbildete, und die neuen Lebensverhältnisse, unter die nun alle geraten, zumindest durch Gesprächskontakte und das Fernsehen oberflächlich bekannt waren.

Wann kommt der Boom?

Zunächst jedoch gilt es, den Übergang zu verkraften, sich daran zu gewöhnen, daß Arbeit knapp und ganz anders bewertet werden wird als bislang, daß eine andere Arbeitsintensität gefordert ist und alte Qualifikationen nur noch bedingt gelten. Zu lernen ist zudem, daß mit dem Scheitern des maroden Staates auch das soziale Netz zerriß, das den Gewerkschaftsferien- dienst oder Krippen und Horte ebenso trug wie den Breiten- und Leistungs-

sport. Zwar wurde in den Einigungsverträgen manches bedacht (und vieles vergessen), doch niemand kann präzise sagen, aus welchen Ressourcen Kommunen und Länder als neue Trägerinnen dieser öffentlichen Dienste schöpfen können, was das alles kosten wird und welcher Teil der westlichen Zuweisungen für derlei den Westdeutschen Fremdes schließlich bleibt. Sicher ist schon jetzt ein markanter Abbau der gewohnten Sozialleistungen. Leidtragende sind vor allem die Frauen: Bisher zu mehr als 85 Prozent berufstätig und durch die Sozialgesetzgebung gut abgesichert, verlieren sie jetzt häufig zuerst den Arbeitsplatz, und Alleinerziehende haben Mühe, ihre Kinder versorgen zu lassen - bei steigenden Eigenbeiträgen zu den Kosten, falls der Kindergarten nicht schon ganz schloß.

Wie hoch der Eigenbeitrag sein wird, den die Ostdeutschen für die Anpassungs-Sanierung werden leisten können, hängt vor allem davon ab, was aus den Trümmern der DDR-Volkswirtschaft zu retten und zur Effektivität zu bringen ist. Der Anteil der dringend sanierungsbedürftigen Industriebetriebe wird wie der der konkursreifen allgemein auf jeweils etwa ein Drittel geschätzt, die Zahl der in näherer Zukunft „Freizusetzenden“ auf zwischen 2,5 und 4,5 Millionen veranschlagt. Ab 1991 steigen die Lebenshaltungskosten stärker: zunächst die Tarife für Elektrizität, Gas und Fernwärme sowie die Postgebühren, dann die Mieten. Erst für 1994 rechnen Fachleute mit dem Ende der Talfahrt. Entscheiden wird die Investitionsbereitschaft der westlichen Unternehmen, die von der Treuhandstelle Teile der Konkursmasse erwerben sollen. Von der optimistischen Joint-Venture-Stimmung der Umbruch-Monate ist wenig geblieben. An ihre Stelle trat kühle Rechenhaftigkeit. Das „Schnäppchen DDR“ (Günter Grass) könnte vielleicht noch preiswerter werden. Zudem bleiben alte Besitzansprüche einzuklagen, voran die der IG-Farben, denn Eigentum zählt mehr als Teilhabe. Von Belang ist ebenfalls, ob es die ostdeutsche Industrie bald lernt, ihre Produkte daheim attraktiv zu machen, um im Verdrängungswettbewerb gehalten zu können, und ob es ihr gelingt, zu außenwirtschaftlicher Aktivität zu finden. Doch auch dazu gehört Know how, das vorerst wohl „importiert“ werden muß.

Die Erwartung, der Mittelstand werde die Konjunktur anwerfen, hat sich bisher nicht erfüllt. In der ostdeutschen Industrie gibt es ihn kaum, und damit der westdeutsche aktiv werden kann, müssen zunächst die alten Kombiatsstrukturen entflochten und günstige Investitionskredite sowie Steuernachlässe und attraktive Abschreibungssätze angeboten werden. Das produzierende Handwerk steht ebenfalls vor Finanzierungsproblemen, allein bei privaten Dienstleistungen zeigt sich Tatendrang - doch auch hier mag der Schein trügen: Der Imbißbuden-Boom etwa verdankt sich häufig fixen Fachleuten aus dem Westen.

Vor noch größeren Schwierigkeiten stehen die mehr als 800 000 Beschäftigten der Landwirtschaft. Der Heißhunger auf Westwaren schuf Fleisch- und Butterberge, die Schlachthöfe und Kühlhallen quellen über, und die Lebensmittelindustrie geriet in eine Existenzkrise. Die LPG-Struktur steht zur

Debatte, doch neue Lösungen sind nicht in Sicht, zumal die Neigung, wieder „Einzelbauer“ zu werden, bisher nicht eben groß ist. Kurzum: Das Wunder braucht Zeit.

Die alten Eliten

Vor Existenzsorgen ganz eigener Art steht der öffentliche Dienst des Obrigkeitsstaates. Die nahezu 2 Millionen Mitarbeiter (ein knappes Viertel der Mitte 1989 Beschäftigten) des aufgeblähten Verwaltungsapparats, darunter die 85 000 Hauptamtlichen der einstigen Staatssicherheit, die Angehörigen des Schulwesens und der sozialen Dienste oder die Lehrenden und Forschenden in Universitäten und Forschungseinrichtungen, müssen sich neu orientieren. Hier ist es schon zur ersten Entlassungswelle gekommen, wird mit Umschulungen die Arbeitslosigkeit bloß bis zum Jahresende hinausgezögert. Der Wegfall der Bezirke, der personalintensiven staatlichen Kommissionen, Komitees, Planungsstellen und Ministerien, die Auflösung der Funktionskorps von Massenorganisationen und nicht zuletzt das Ausdünnen des Militärs lassen zudem spezifische Qualifikationen hinfällig werden: Diplom-Juristen, Diplom-Staats-, Gesellschafts-, Militär- oder Kulturwissenschaftler werden nicht mehr nachgefragt, ebenso wenig Diplom-Philosophen, und welche ihrer Fertigkeiten von den neuen Verwaltungen, der Gerichtsbarkeit oder der Bundeswehr gebraucht werden, steht dahin. Nicht viel besser geht es den Diplom-Ökonomen, die zumeist zwar gute Kenner der marxistisch-leninistischen Theorie sind und brauchbare Vollzugsbeamte im zentralistischen Planungssystem waren, vom Marktgeschehen allerdings nur wenig wissen. Hinzu kommt: Aus diesen Gruppen rekrutierte sich der harte Karrieristenkern der SED, und obwohl sie zusammen mit den Wirtschaftsfunktionären, mit Arbeitern und einem Großteil der Lehrer als erste die „Partei“ verließen, stehen sie im Verdacht, nun Seilschaften zu bilden, Verschwörergruppen gar, die in den neuen Verwaltungen alte Politik betreiben könnten.

Dafür spricht nur wenig, mehr hingegen für ihre trainierte Anpassungsfähigkeit, die heute etwa altgediente Betriebsleiter dazu veranlaßt, dem Markt zu gehorchen, „Sozialklimbim“ abzubauen und sich selbst das Gehalt zu verdoppeln. Doch das Bloßlegen der internen oder geheimen Macht- und Filzstrukturen, von denen die meisten zwar schon immer wußten, es heute aber nicht mehr wissen wollen, vor allem die Verquickung von Partei und Stasi, schuf eine Berufungsgrundlage für alle jene, die einen radikalen Elitenaustausch verlangen. Anders als nach dem Kriegsende ist dieser Ansatz populär und wird zudem im Westen des Landes unterstützt. So, als ob sich die damals lasche Entnazifizierung hier heute durch eine rigorose Säuberung dort nachholen lasse. Natürlich: Markante Täter müssen belangt werden. Doch sollte der Teil der deutschen Mitläufergesellschaft, der 1945 ganz ohne eigenes Zutun die Chance bekam, aus der ererbten Untertänigkeit auszubrechen (und dazu schließlich lange brauchte) tatsächlich zum Richter über jene werden, denen diese Möglichkeit versagt blieb? Es wäre besser, die DDR-erprobten neuen Bundesbürger fänden eigene Maßstäbe und orientierten sich dabei an

Richard von Weizsäcker, der ethischen Rigorismus vor allem als Ingredienz der Selbstbefragung empfahl.

Die meisten der Gemeinten stammen aus der Gruppe, die in der DDR früher „Intelligenz“ genannt wurde, sind Hoch- oder Fachschulabsolventen, verfügen also über die höchsten formalen Bildungsabschlüsse. Sie stehen nun ebenso zur Disposition wie zahlreiche Intellektuelle, Künstler und Journalisten. Mit der Umstrukturierung der Medien, dem Fortfall ganzer Sender und vieler Programme, der Auflösung von Künstlerverbänden und des Stipendienwesens, dem Niedergang der früher subventionierten Verlage und Theater sowie dem Ende des staatlichen Auftragswesens haben sie besonders krasse Existenzprobleme. Sie müssen zudem mit dem Vorwurf umgehen, dem Staate als Feigenblatt gedient und dafür Privilegien genossen zu haben. Vergessen scheint, daß sie - vor allem etliche Autoren wie Theater- und Filmleute - über die Jahre hin wenigstens eine Ersatzöffentlichkeit schufen, die gesellschaftlichen Austausch über die Fragen möglich machte, die die verbockte Führung in ihren Medien nicht duldeten. Und einige müssen sich auch gegen die (nur scheinbar) ignorante Frage wehren, weshalb sie dem Lande nicht den Rücken kehrten, bevor es als Staat unterging.

Die Frager kennen die Antwort, doch es scheint, als könnten sie nicht oft genug hören, was viele Intellektuelle zum Bleiben veranlaßte: ihr vertrackter Trotz-alledem-Glaube an die Machbarkeit des Sozialismus, ihre Identifizierung mit seiner Idee und ihr gleichzeitiges Leiden an der nach ihm benannten Realität. Das gilt, neben anderen, auch für zahlreiche Literatur- und Sozialwissenschaftler, die freilich zumeist nur intern kritisierten, öffentlich hingegen mehrheitlich jeder „Linie“ folgten. Sie haben sich derzeit gegenüber westdeutschen Fachkollegen auszuweisen, die sich anschicken, die bisherigen Erträge und die künftige Leistungsfähigkeit des alten Wissenschaftsbetriebes zu „evaluieren“ und dabei selbstredend in Verdacht geraten, vielleicht auch eigene Interessen (oder die ihrer Assistenten) zu verfolgen. (Eine Internationalisierung dieser Prüfung wäre für alle Beteiligten sicher von Vorteil.)

Es sind speziell diese Gruppen, die heute das Verschwinden der „DDR-Identität“ beklagen, den Verlust jener Solidarität unter anderem, die womöglich nur Folge der Mangelgesellschaft und Reaktion auf staatliche Kontrolle war. In rundum positiv bestimmter Befindlichkeit lebten freilich nur wenige. Das „Wir-Gefühl“, die kollektive Identität der Mehrheit, war wohl stets eher negativ geladen und weit stärker am anderen, am reicheren und freieren Deutschland orientiert als bei den materiell zumeist gesicherten und häufig reisemobilen Intellektuellen. Das verständliche Ziel dieser Mehrheit ist es nun offenbar, aus der von ihnen empfundenen Zweitklassigkeit herauszukommen und die DDR schnell zu vergessen, auch wenn sie ihnen noch lange in den Kleidern hängen wird.

Neue politische Entscheidungsmuster

In den Sog dieser Mehrheit gerieten auch viele derjenigen, die sich zunächst illegal organisiert hatten und dann, seit Sommer letzten Jahres, der alten Führung mit ihrem „Wir bleiben hier“ drohten. Sie stellten im Herbst 1989 die Masse der Demonstranten und zwangen schließlich den Machtapparat zur Kapitulation. Die SED-Führung, bereits von den Freunden im Rest-Block verlassen, hatte weder gegen sie noch gegen die „Ausreißer“-Welle ein Konzept gefunden. Was die zumeist jungen Rebellen bewegte, war die Hoffnung auf einen Neubeginn in und mit der DDR. Schon Anfang Dezember aber mußten sie lernen, daß in den nun offenen Nischen der Ruf nach dem „Einig Vaterland“ weit attraktiver war als das Nachdenken über eine grundlegende Reform der DDR. Von dort kamen auch die stärksten Anfeindungen gegen die Bürgerbewegungen („Rote raus“), kamen Fremdenhaß und Antisemitismus wieder an die Öffentlichkeit, deren frühere Reglementierung das Alltagsbewußtsein nie hatte zu Wort kommen lassen. Manche Alternative - derart mit ihrer Gesellschaft vertrauter geworden - verließen bald den dritten Weg.

Der Wunsch nach dem schnellen Ende der DDR, das Verlangen nach ihrer radikaldemokratischen Erneuerung und die Hoffnung, sie zwar politisch wenden, doch in ihren sozialen Grundmustern erhalten zu können — diese drei Stimmungen prägten zunächst die Neuformierung des Parteiensystems und schlugen sich im Ergebnis der März-Wahlen 1990 zur Volkskammer nieder. Die überwältigende Mehrheit votierte für das schnelle Ende des Oststaates und die deutsche Einheit. Ihr größerer Teil wollte beides möglichst sofort. Er wählte die „Allianz für Deutschland“ oder den „Bund Freier Demokraten“. Ein kleinerer plädierte für politische Bedachtsamkeit und die soziale Absicherung des Zusammenschlusses. Er entschied sich für die SPD. Nur eine Minderheit von fünf Prozent stimmte für einen radikalen, politisch-sozialen und ökologischen Umbau der DDR: Die Avantgarde der Wende geriet an den Rand der gesellschaftlichen Bewegung. Die Zahl derer, die möglichst viel erhalten, vielleicht auch manches politisch reformieren wollten, die Klientel der PDS, erwies sich mit rund 16 Prozent als relativ groß.

Insgesamt bildeten die Wahlen, die ersten freien seit den im großen und ganzen kompetitiven Landtagswahlen von 1946, die Lagerstärken der Bundesrepublik nach. Rechnet man (mit Bedenken, doch mit Blick auf das womöglich künftige Wahlverhalten von PDS-Sympathisanten) SPD- und PDS-Anteile zusammen, so brachte es die „Linke“ auf 38,3 Prozent. Das konservative Lager kam auf 48, die Liberalen auf gut 5 und die Grün/Alternativen auf ebenfalls 5 Prozent. Der Rest entfiel auf die National-Demokratische Partei (NDPD), die Demokratische Bauernpartei (DBD) sowie auf kleine Gruppen, denen das reine Verhältniswahlrecht die Chance gab, selbst bei kleinsten Stimmanteilen (0,18 Prozent) noch ein Mandat zu erreichen.

Diese Lager haben sich im Mai bei den Kommunal- und im Oktober bei den Landtagswahlen als relativ stabil erwiesen. Doch das war auch Folge der

geschwinden Überlagerung des alten Parteiensystems der DDR durch die Parteien der Bundesrepublik. Sie wollten in den neuen Landesteilen rasch Fuß fassen. Die CSU schuf sich mit der DSU ein folgsames Ebenbild, gewissermaßen eine Blockpartei. CDU und FDP wurden, erst zögerlich, dann unter Zeitdruck, mit ihren alten Schwesterparteien handelseinig, später kamen die NDPD und die DBD hinzu. Alle diese Organisationen waren in der DDR „Blockflöten“ genannt worden, spöttisch, doch durchaus verständnisvoll, denn schließlich hatten sie nur das getan, was auch die Mehrzahl der Mangelbürger als sinnvoll gelernt hatte: sich anzupassen, um aus dem Arrangement Vorteil zu schlagen. Und so waren sie weit weniger diskreditiert als allgemein angenommen, zumal sie ihre Führungen personell erneuert hatten. Gleichwohl muß dieser ostdeutsche Beitrag zur politischen Kultur der Bundesrepublik erst noch verarbeitet werden.

Schwerer hatte es die SPD. Zwar war bereits im Wende-Oktober eine SDP entstanden. Doch die *berief* sich nur auf die Traditionen der Sozialdemokratie, war skeptisch gegen alles, was an die alte Zeit erinnerte, auch gegen den Demokratischen Sozialismus. Ihre wenigen Anhänger (auch jetzt erst etwa 30 000) stammten häufiger aus Pfarrhäusern als aus Arbeiterwohnungen, und manche von ihnen hatten - wie ihre Freunde aus den Bürgerbewegungen - zunächst noch gemeint, die DDR verbessern und erhalten zu sollen. Seit jedoch der Termin der Volkskammerwahlen feststand, schmolz die Distanz zur West-SPD, zumal ein Wahlkampf aus eigener Kraft gegen die von Bonn gestützten Wahlbündnisse von CDU/CSU und FDP mit ihren zusammen rund 240 000 CDU- und LDP-Anhängern, ihren intakten Parteiapparaten und zahlreichen Parteiblättern allein nicht durchzustehen war.

Zwischen diesen großen Blöcken, den gut organisierten, national gestimmten Konservativ-Liberalen auf der einen, die für Wohlstand durch die Einheitsmark warben, und den schwach vernetzten, publizistisch kaum präsenten, schließlich mehr sozial als national agierenden Sozialdemokraten auf der anderen Seite, blieb für die Oktober-Revolutionäre kaum Platz. Basisorientiert, daher wenig organisationsbereit und nur selten zu Bündnissen fähig, dazu programmatisch uneins, liebten Grüne und Alternative getrennt. Hilfe aus dem Westen wurde nur selten gewünscht, denn noch hatten sie und ihre bundesdeutschen Sympathisanten die Unausweichlichkeit der Einheit nicht akzeptiert. Und die Unsicherheit dauert an. Die alternativen DDR-Gruppen wählten die Autonomie, während die anderen DDR-Parteien sich schon vor dem DDR-Beitritt ihren großen Schwestern im Westen anschlossen. Gegen einen förmlichen Zusammenschluß sprach das Parteiengesetz, das (Folge der KPD-/SPD-Fusion 1946 in der SBZ) eine Urabstimmung vorschreibt. Wiederum Hektik statt zuträglicher Prozedur.

Die PDS blieb allein. Zwar war auch sie durch das trickreiche Wahlrecht, das sich die Koalitionsparteien und die Sozialdemokratie für die kommende Bundestagswahl ausgedacht hatten, vorübergehend auf Partnersuche gegangen. Doch der kluge Spruch des Verfassungsgerichts machte dies dann

überflüssig. Bis zu den Märzahlen von 2,3 Millionen auf 650 000 geschrumpft, nun bei ca. 350 000 vorübergehend stabilisiert, zwar noch immer reich, doch immer noch diskreditiert, konzentrieren sich vor allem die Hoffnungen derer auf sie, die für sich in einer Leistungsgesellschaft nach bundesdeutschem Zuschnitt keinen angenehmen Platz zu entdecken vermögen; und sie zog natürlich auch jene an, die aufgrund ihrer früheren Positionen, wegen ihrer stabilen politischen Fixierung oder einfach, weil sie niemand fragte, im Beitritt zur Bundesrepublik eine Zwangsvereinigung sehen. Stimmungen wie diese begründeten wohl das Überdauern der PDS als Protestpartei. Doch ihr sinkender Stimmenanteil bei den DDR-Wahlen (von 16 auf 11 Prozent) scheint auch ein Umdenken in ihrer Klientel anzuzeigen.

Ihren eigenen Wandel hat sie bislang nicht glaubhaft machen können. Alle Lager begegnen ihr mit Zurückhaltung und häufig mit Haß. Ihre Programmatik, eine Melange aus sozialdemokratischen, ökosozialistischen und feministischen Politikansätzen, repräsentiert im wesentlichen die Stimmungen ihrer jüngeren, intellektuellen Anhänger. Sie sind häufig antiautoritär-links, bilden aber nur eine (durch Vergangenheiten im übrigen nur mäßig belastete) Minderheit. Sie haben mit den fast 175 000 Mitgliedern jenseits des 60. Lebensjahres (Stand: Juni 1990) politisch-kulturell nur wenig gemein. Von der oft behaupteten Beitrittswelle junger Fans des Gregor Gysi konnte im Juni noch keine Rede sein: Damals stammten 99 von 100 Parteimitgliedern aus der alten SED.

Ihr Arbeiteranteil liegt bei zirka 19 Prozent. Er kann auch bei der SPD vernachlässigt werden, und er fällt bei Konservativen wie Liberalen kaum ins Gewicht, auch wenn diese (speziell die CDU-„Allianz“) den Großteil der Arbeiterstimmen auf sich zogen. Vakant ist also die Planstelle „Arbeiterpartei“. Gefragt sind in dieser Hinsicht, wie die Dinge liegen, zunächst die Gewerkschaften. Zunächst freilich müssen sie (behutsam und ohne westdeutsche Besserwisserei, wenn das denn geht) die Organisationsmüdigkeit der bisher beinahe vollständig beim FDGB registrierten Beschäftigten und Arbeitslosen überwinden. Das wird nicht einfach sein. Doch vom Erfolg wird abhängen, wie Interessenvertretung greift und schließlich fähig wird, die soziale Teilung des Landes zu überwinden.